

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 12

Artikel: Über die Strategie der Sozialistischen Internationale : Weg von Europa
Autor: Herter, Martin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339914>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die innere Distanz vieler Zürcher Genossinnen und Genossen zur Politik und den Perspektiven der schweizerischen sozialdemokratischen Partei ist in Lugano bestimmt nicht kleiner geworden. Es ist zu hoffen, dass dies auf deren Engagement in den Sektionen und der Stadt- und Kantonalpartei deswegen nicht einen allzugrossen Einfluss hat, weil hierzulande die politische Einstellung doch offener ist und zum Anpacken von gesellschaftlichen Alternativen mehr einlädt als national. Resignation ist also trotz allem nicht am Platz.

Andreas Gross im
«Volksrecht»

*

Das neue Programm bestätigt die traditionellen Werte des ersten Programms aus dem Jahre 1888. Wir sind eine bald hundert Jahre alte Partei. Wir kommen von weit und wir wollen noch weit gehen. Im neuen Programm ist der prospektive Sozialismus der neuen Schweiz (so nannte sich das Programm von 1943) und die Konkretheit sozialdemokratische und reformistische Konkretheit des Winterthurer Programms vereint. Unser wirkliches Rotes Buch ist nicht das neue Programm sondern das rote Büchlein des Parteimitgliedes.

Dario Robbiani in der
«Libera Stampa»

*

Die Schweiz ist so starr. Das Programm ist nur Papier. Gewiss ist es mit der politischen Öffentlichkeit (in) der Schweiz nicht weit her, wozu auch? Ist doch alles gut gegangen. Ebenso gewiss ist es mit dem Programm nicht weit her. In zweierlei Hinsicht: das Programm ist vor allem Tonfall, sein Gehalt eine Gemengelage von allem rosa Netten, das es so gibt. Und die Organisation, deren Ausdruck das Programm sein



Die Schaffhauser Delegation während der Schlussabstimmung

soll, mobilisiert nicht: ob sie sich dieses Programm gibt oder ein anderes — das ist nicht mal so wichtig, weil kein Programm aus der Aktivität der Organisation — als deren von der Sache selbst veranlasster Ausdruck — hervorwächst, sondern weil das Programm statt der Aktivität der Organisation auftritt: was sollen wir bloss machen? Machen wir halt ein Programm. Es gibt Unterorganisationen der

Organisationen, die sich rühren; die Organisation als ganze sitzt vor der Krise wie das Kaninchen vor der Schlange und übt die Kunst, es nicht gewesen zu sein.

«Zeitdienst»

*

Die SPS bleibt eine sozialdemokratische Partei.

«Vorwärts»

Über die Strategie der Sozialistischen Internationale

Weg von Europa

Von Martin Herter

Die sozialistische Internationale will weg von Europa. Als Zeichen, sich vom Eurozentrismus lösen zu wollen, wollte deshalb SI-Präsident Willy Brandt die Tatsache verstanden wissen, dass der kommende Kongress in Sidney, Australien, stattfinden wird. Genau so gut hätte

Brandt im Basler Hilton von Ottawa als nächstem Tagungs-ort sprechen können. Denn der Abstand zu Europa, den sich die SI seit ihrem Genfer Kongress von 1976 verordnet hat, ist derzeit allenfalls eine geographische Frage. Ideologisch gesehen, ist die Internationale der

Sozialisten noch immer in Bonn, Paris oder Lissabon zuhause.

Der Kampfgeist unserer Vorkämpfer dient allenfalls noch als willkommener Anlass für publikumswirksame Gedenkfeiern. Denn vom proletarischen Internationalismus, von der Einsicht, dass alle unterdrückten Klassen dieser Welt ungeachtet ihrer Rasse und ihrer Heimat die selben längerfristigen Interessen haben, ist selbst in den wortgewandten Erklärungen der SI nicht mehr die Rede. Die Welt hat sich seit 1912 grundlegend geändert. Die internationale Arbeiterbewegung hat sich gespalten. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich die siegreiche Sowjetunion ihren Einflussbereich bis an die Grenzen Bayerns gesichert, während die sozialistischen Parteien im Westen ihre Klassenkampf-Parolen über Bord warfen und sich zu Volksparteien mauserten.

Als am 3. Juli 1951 106 Delegierte aus 34 Parteien in Frankfurt zusammenkamen, um gemeinsam die «Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus» zu definieren, war denn auch der Antikommunismus Taufpate an der Wiege der Sozialistischen Internationalen. Noch dachte damals keiner der sozialdemokratischen Führer an friedliche Koexistenz. Der von den Amerikanern seit 1945 proklamierte Kalte Krieg wurde zum festen Bestandteil der ersten beiden SI-Jahrzehnte. Der Marshallplan des US-Aussenministeriums stiess auf die begeisterte Zustimmung der europäischen SI-Mitglieder. Die Beziehungen, die der amerikanische Geheimdienst im antifaschistischen Kampf gegen die Hitler-Diktatur mit den Köpfen des sozialdemokratischen Widerstandes geknüpft hatte, sollten sich auch in den Jahren nach Kriegsende als äusserst wertvoll erweisen. Kritiklos

wurde die Washingtoner Doktrin vom «Roll back» des internationalen Kommunismus auch von der SI akzeptiert. Man beugte sich dem amerikanischen Wunsch, von jeder Allianz mit den Kommunisten abzusehen.

Die antikapitalistische Grundströmung in allen Teilen der europäischen Linken — Erkenntnis aus dem Sieg über den Faschismus und gewachsen aus der auch heute noch gültigen Einsicht, dass in jedem kapitalistischen Wirtschaftssystem der Faschismus schlummert, um im Falle extremer Bedrohung der herrschenden Klasse mit Terror und Unterdrückung die Privilegien der Mächtigen zu sichern — wurde bedingungslos den amerikanischen Interessen geopfert. Kommunistische Minister wurden aus den antifaschistischen Regierungen geworfen, um so offener den Dollar-Segen in Empfang nehmen zu können. Dem nordatlantischen Bündnis wurde reihum auch von sozialdemokratischen Vertretern Beifall gezollt. Rund zwei Drittel der Nato-Staaten waren sozialistisch regiert. Belgiens Aussenminister und Sozialist Paul-Henri Spaak wurde gar Nato-Generalsekretär.

So waren die Leitlinien der Sozialistischen Internationale bereits am Gründungskongress von Frankfurt vorgezeichnet. Nicht eine sozialistische Regierungspartei, sondern die Chefideologen des amerikanischen State Departement gaben in den nächsten Jahren den Kurs der Internationale an. Die Interessen der internationalen Konzerne — gemeinhin auch als Imperialismus umschrieben — waren auch die Interessen der Sozialistischen Internationale. Der Vietnam-Krieg wurde unter einer französisch-sozialistischen Regierung wieder aufgenommen, unter dem sozialistischen Ministerpräsidenten Guy Mollet sollte der algerische

Widerstand liquidiert werden und am Suez-Kanal ein imperialistischer Krieg entfesselt werden. Hollands Sozialisten klatschten Beifall, als in Indonesien der antikolonialistische Widerstand niedergeschlagen wurde, die britische Labour Party unterstützte den Kampf gegen die Befreiungsbewegungen in Malaysia und auf den Philippinen.

Bereits in den ersten SI-Jahren führte diese proimperialistische Haltung zu Widersprüchen: Die SP Uruguay, tagtäglich im Kampf mit den kolonialistischen Interessen der US-Amerikaner und ihren Ablegern im eigenen Land konfrontiert, verliess Mitte der Fünfzigerjahre das Gremium der internationalen Sozialisten, um sich im Kreise Gleichgesinnter Bündnispartner zu suchen, auf die man auch tatsächlich zählen konnte.

So blieb die SI ein europäisches Gremium. Die offensichtliche Strategie, den Einfluss der hochindustrialisierten Länder auch in den Ländern der Dritten Welt zu sichern, vermochte in den von kolonialistischen und neokolonialistischen Banden gefesselten Nationen keine Begeisterungstürme auszulösen. Die Vorstösse der SI — stets kaschiert durch wortgewaltige Deklarationen — stiessen vorerst ins Leere.

Als zu Beginn der Sechzigerjahre die nationalen Befreiungsbewegungen ihre ersten Siege davon trugen, änderte sich auch die Strategie der SI. 1960 tagte erstmals ausserhalb von Europa ein SI-Gremium. Auf der Generalratstagung von Haifa wurde das «israelische Modell des Sozialismus» als Vorbild für die Länder der Dritten Welt proklamiert. «Werden sich 800 Millionen Menschen, die in den letzten Jahren die Unabhängigkeit errungen haben, von der Fata Morgana des Kommunis-

mus verführen lassen oder werden sie der Flagge des demokratischen Sozialismus folgen?», fragte der italienische Sozialdemokrat Saragat 1961 auf dem 7. SI-Kongress in Rom. Imperialistische Kanonenbootpolitik stiess nicht mehr auf allseitige Zustimmung. Als die Amerikaner im Frühjahr 1961 die sozialistische Regierung Fidel Castros stürzen wollten, unterstützten zwar Holland, Frankreich oder Dänemark die Schweinebucht-Invasion, während die SI-Delegationen Schweden oder Norwegen bereits zu diesem Zeitpunkt ihren differenzierten antiimperialistischen Standpunkt deutlich machten und militärische Massnahmen dieser Art ablehnten.

Gleichwohl galt Kennedys «Allianz für den Fortschritt» als Leitfaden auch für eine sozialistische Lateinamerika-Politik. Bürgerliche Reformparteien sollten als Bündnispartner der SI in den südamerikanischen Staaten gewonnen werden, während die traditionellen sozialistischen Parteien, welche sich nicht an das Bündnisverbot mit den Kommunisten halten mochten, links liegen gelassen wurden. So galten etwa in Chile die SI-Interessen keineswegs einer SP Allendes, vielmehr setzte man auf Frei Christdemokraten. Erst 1969 wurde die radikale Partei Chiles Mitglied der SI. Als die Unidad Popular den Wahlsieg errang, änderte sich das SI-Verhalten. Um sich nicht ganz unglaublich zu machen, musste gar das Bündnis mit den Kommunisten sanktioniert werden. Allerdings misslang der Versuch, Allende an die SI heranzuführen. Dazu wurde gar eine Bürositzung der Internationale in Santiago de Chile abgehalten. Als kaum ein halbes Jahr später dem chilenischen Modell ein blutiger Militärputsch mit amerikanischer Hilfe ein brutales Ende machte, kannte die Empörung auch in

sozialdemokratischen Kreisen keine Grenzen.

Das Heranwachsen der UdSSR zu einer Supermacht mit ausbaufähiger Wirtschaft schuf in Mitteleuropa Ende der Sechzigerjahre neue politische Konstellationen. Antikommunismus war vorerst nicht mehr gefragt. Eine sozialdemokratische Regierung unter Führung des heutigen SI-Präsidenten Willy Brandt leitete die Phase der friedlichen Koexistenz ein. Damit war nicht nur der Weg zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Ostblock geebnet. Auch für ideologische Diskussionen bestand nunmehr grösserer Raum. Während jenseits des durchlöcherten Eisernen Vorhangs, in der Tschechoslowakei, die Idee eines freiheitlichen Sozialismus auf allseitige Zustimmung stiess, verbannte die 68er-Bewegung den Antikommunismus in die Mottekiste des Kalten Krieges, um unbelastet von den Vorstellungen der herrschenden Kreise neue Lösungen für die arg strapazierte Welt zu suchen. Die Achtundsechziger machten nicht nur innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung ihren Einfluss geltend. Auch die kommunistische Bewegung im Westen, allen voran die PCI, die kommunistische Partei Italiens, nahm die neuen Ideen auf und erlaubte sich in der Folge einen autonomen Kurs, der praktisch zum Bruch mit Moskau führte.

Parallel zu dieser europäischen Entwicklung vollzog sich in den Ländern der Dritten Welt die Emanzipation der nationalen Befreiungsbewegungen, als deren Höhepunkt der Sieg der Vietnamesen über die imperialistische Führungsmacht gesehen werden muss. Die Siege über die portugiesische Kolonialmacht in Afrika taten das ihre, um weltweit gesehen einen Umschwung zugunsten der Befreiungsbewegung herbeizuführen.

Unterstützt wurde diese Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses durch die Taktik der Erdöl exportierenden Staaten, die erstmals einen Rohstoff als Waffe gegen die hochindustrialisierten Länder einsetzten. Gleichzeitig verschärfte sich die Krise der westlichen Wirtschaft, was zu verschärften Gegensätzen zwischen den Industrienationen und der Dritten Welt führte: Die Kluft zwischen Arm und Reich wurde immer grösser.

Diesem neuen Marktfaktor trug der Genfer Kongress im November 1976 Rechnung. Die «internationale wirtschaftliche Solidarität» wurde angesprochen, internationale Konferenzen zu aktuellen Fragen mit Beteiligung der Befreiungsbewegungen an die Hand genommen. Einmal mehr versicherten Deklarationen die Solidarität mit den Ländern Afrikas und Lateinamerikas. Von konkretem Handeln war aber weiterhin wenig zu berichten.

So sah die Sozialistische Internationale tatenlos zu, dass die People's National Party des jamaikanischen SI-Führers Michael Manley nach einem erbarmungslosen Wirtschaftskrieg durch die USA und ihrer westeuropäischen Verbündeten gestürzt wurde. Oder — um ein aktuelles Beispiel zu nennen — die SI zeigte sich nicht fähig, die Liquidierung der libanesischen Linken, darunter die Progressive Socialist Party, welche an der jüngsten Basler Sitzung ebenfalls anwesend war, zu verhindern. Zu sehr ist die SI an die Mapai des Shimon Perez gekettet, welcher die israelische Eroberungsschlacht im Libanon mit Bewunderung honorierte. Der Einfluss der israelischen Arbeiterpartei innerhalb des SI-Gremiums ist gegenwärtig so wirksam, dass eine Aufnahme der linkssozialistischen Mapam, welche in den vergangenen Monaten Hun-

derttausende von israelischen Kriegsgegnern zu mobilisieren vermochte, an der Basler Sitzung wortreich abgeblockt wurde.

Ausblick

Die Bilanz dreissigjähriger Politik der Sozialistischen Internationale ist ernüchternd: Einigkeit fand sich in diesem heterogenen Gremium immer nur dann, wenn es galt, wahrhaft fortschrittliche Entwicklungen abzublocken, die berechtigten Ansprüche der unterdrückten Völker abzuklemmen. Die Idee des Sozialismus wird zu verbalen Kraftakten missbraucht, während die Praxis der in der SI zusammengeschlossenen Parteien (wenigstens jene der europäischen SP) direkt und indirekt die emanzipatorischen Strömungen in der Dritten Welt diskreditiert.

Der weltweite Fortschritt hat auch ohne Hilfe der Sozialistischen Internationale stattgefunden. Die Kolonien sind beinahe von der Weltkarte verschwunden. Neue Herrschaftsformen der hochindustrialisierten Nationen werden angewandt. Spätestens seit dem Sieg des vietnamesischen Volkes ist die direkte Intervention der imperialistischen Mächte kein gangbarer Weg mehr. Vielmehr suchen sich die internationalen Konzerne und ihre Regierungen Statthalter in den Ländern der Dritten Welt. Israel galt als Paradebeispiel dieser Stützpunkt-Politik. Was auf Taiwan gescheitert ist, soll in Brasilien, in der Türkei, in Südkorea, Indonesien, neuerdings auch in Saudi Arabien realisiert werden — um nur ein paar wenige Beispiele zu nennen.

Gleichzeitig sucht der Imperialismus Bündnispartner innerhalb der Befreiungsbewegungen, um im Falle eines allfälligen Sieges seine Interessen auch innerhalb der neuen Machtha-

ber durchsetzen zu können. Die Unterstützung der angolanschen FNLA-UNITA-Koalition, vom CIA organisiert und finanziert, durch die SI-nahe Friedrich Ebert-Stiftung mag dies verdeutlichen. Im angolanschen Beispiel ist die Taktik wohl gescheitert, doch die UNITA hat ihre Waffen noch nicht beiseite gelegt und bekämpft im Guerilla-Krieg die sozialistische MPLA-Regierung.

Diese Bündnispolitik wird gerade jetzt in Mittelamerika von einiger Bedeutung sein. Am Sieg der Befreiungsbewegungen in Guatemala oder El Salvador kann auch eine militante Politik der Reagan-Administration nichts mehr ändern. Deshalb wird es auch für die Multis wichtig sein, welche Wirtschafts- und Aussenpolitik diese künftigen Regierungen anstreben.

Aufgabe der Sozialistischen Internationale kann es nicht sein, sich von Machthabern des Imperialismus missbrauchen zu lassen. Arbeiterparteien, die sich dem demokratischen Sozialismus verschrieben haben, darf es nicht darum gehen, sozialen Fortschritt zu verhindern. Vielmehr muss die sozialistische Internationale zu einem weltweiten Organ werden, das nationale Befreiungsbewegungen unterstützt und seinen Einfluss geltend macht, direkte militärische Interventionen gegen diese Bewegungen zu verhindern (Beispiel: El Salvador). Gleichzeitig muss dieser lockere «Koordinationsclub» — so SPS-Zentralsekretär Rudolf H. Strahm — eine «Unité des doctrines» entwickeln, dass Wirtschaftskriege gegen fortschrittliche Nationalstaaten (Nicaragua, Jamaika etc.) wenigsten von sozialdemokratischen Regierungen nicht mehr mitgetragen werden.

Auf europäischer Ebene muss der Weg der Entspannung konsequent weitergegangen wer-

den. Ein Europa, das nicht an der deutsch-deutschen Grenze endet, verhindert nicht nur einen nuklearen Krieg, es schafft auch Möglichkeiten für ideologische Diskussionen beidseits der Ost-West-Grenze, die einem polnischen oder ungarischen Reformismus echte Chancen bietet, gleichzeitig aber auch die westeuropäische Arbeiterbewegung mit neuen Ideen beflügeln könnte.

«Der Sozialismus ist heute zur Sache der ganzen Menschheit geworden» — heisst es im mittlerweile überholten Winterthurer Programm der SP Schweiz. Dass diese Sache weltweit zum Tragen kommt, dafür hat die Sozialistische Internationale zu sorgen. Denn nur wenn die Verfechter eines demokratischen Sozialismus ehrlich und ohne globalpolitische Hintergedanken im Interesse der Multis bestrebt sind, die Befreiung der Völker zu unterstützen, vermag auch das Gedankengut des freiheitlichen Sozialismus innerhalb der Dritten Welt Fuss zu fassen. Doch das bedarf vorerst der ökonomischen Befreiung. Statt in den Commonwealth-Staat Australien zu fliegen, könnten dannzumal die SI-Delegierten ihre «Weg von Europa»-Doktrin dadurch untermauern, dass sie im befreiten Nicaragua zusammenkommen. Die Zustimmung der nach Befreiung ringenden Völker wäre ihnen sicher.